

Mittelsächsische

# LinksWorte

22. Januar 2009

Nr. 17

3. Jahrgang



## Bundeswehr raus, Entwicklungshelfer rein!

Die Bundeswehr bereitet weitere Soldaten für einen Auslandseinsatz in Afghanistan vor - auch am Standort Frankenberg. In der zweiten Januarwoche fanden aus diesem Anlass zwischen den Standorten Frankenberg und Marienberg Übungen nicht nur auf den Übungsgeländen der Armee, sondern auch im öffentlichen Raum statt.

Dagegen regte sich in Mittelsachsen Widerstand. Am 7. Januar gab es in Frankenberg eine Demonstration, in Brand-Erbisdorf fanden Mahnwachen und am gleichen Tag eine Demonstration statt. Die „LinksWorte“ berichten!

## Die Titelthemen dieser Ausgabe

Gegen den Militäreinsatz in Afghanistan - in Mittelsachsen formiert sich Widerstand

Kreisräte der LINKEN vorgestellt: heute Gottfried Jubelt aus Augustusburg

Die freiwillige Feuerwehr, ihre Nöte und die Konsequenzen für die Sicherheit der Bürger

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & reportage
- 4/5 **thema 1:** im focus: bundes wehreinsatz in afghanistan
- 6/7 **thema 2:** kreisräte der linken vorgestellt: heute Gottfried Jubelt aus Augustusburg & kreistag
- 8/9 **thema 3:** probleme der freiwilligen feuerwehr & fraktion der linken im kreistag
- 10 mittelsächsischer „knüller“ - 3 - heute: klein-erzgebirge Oederan
- 11 aus dem kreisvorstand & glückwünsche
- 12 termine & ehrung

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint in der 08. Kalenderwoche 2009. Redaktionsschluss ist am Donnerstag, dem 12. Februar 2009.

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

**DIE LINKE, Mittelsachsen**  
 Kreissparkasse Freiberg  
 BLZ: 870 520 00  
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

**Herausgeber:** **DIE LINKE.**  
 Kreisvorstand Mittelsachsen  
 Geschäftsstellen in Döbeln, Freiberg und Mittweida

**Postanschrift der Redaktion:** 09599 Freiberg,  
 Roter Weg 41/43  
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Michael Matthes, Lothar Pötzsch, Christoph Willenberg, Hans Weiske (verantw.)

**Satz, Layout und Fotos:** A • Bi • Te  
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

**Verlag und Vertrieb:** Eigenverlag und -vertrieb

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG,  
 Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

**Internet:**  
 Die „LinksWorte“ werden im Internet veröffentlicht. Dort sind über das Archiv auch frühere Exemplare der Zeitung abrufbar.

**editorial**

**D**as neue Jahr startete mit klirrendem Frost und verzweifelten Versuchen der Bundesregierung in Berlin und der Landesregierung in Dresden, der globalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise Herr zu werden. Man ahnt, dass das Jahr 2009 spannend werden und manches in der heutigen Gesellschaft in Frage stellen dürfte, was scheinbar unverrückbar feststand. Auch DIE LINKE in Mittelsachsen geht in ein neues Jahr, ihr zweites. Nach einem ziemlich holprigen Start im Jahre 2008 - vor allem, was das Zusammenwachsen der drei ehemals eigenständigen Kreisverbände betrifft - kann es nur besser werden! Das Jahr 2009 könnte man - nach dem chinesischen Vorbild der Benennung der Jahre - durchaus als das „Jahr der Wahlen“ kennzeichnen. Alles beginnt mit den Europa- und Kommunalwahlen Anfang Juni. Und dann folgen noch die Landtagswahlen Ende August und die Bundestagswahlen Ende September.

Es scheint nur logisch, dass die Arbeit des Kreisverbandes der LINKEN in den ersten drei Quartalen von der Vorbereitung der Wahlen geprägt sein wird. Der Kreisverband der LINKEN wird dazu am Samstag, dem 24. Januar eine Kreismitgliederversammlung durchführen.

Aber nicht nur die Wahlen werden 2009 politische Schwerpunkte setzen: Mit dem 90. Jahrestag des feigen Meuchelmordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht liegt ein erster Höhepunkt bereits hinter uns. Die Bundeswehr bereitet sich ausgerechnet an ihrem Standort Frankenberg bei uns in Mittelsachsen auf einen Militäreinsatz in Afghanistan vor. Im Februar wird in Dresden der Wiederkehr des Bombenangriffs der Alliierten und der Tausenden unschuldiger Opfer unter der Zivilbevölkerung gedacht. Oder: Für die Kreistagsfraktion der LINKEN geht es in die „heiße Phase“ ihrer Arbeit - das „Startgeplänke!“ ist vorbei und jetzt kommt es darauf an, eigene, linke politische Schwerpunkte zu setzen.

**standpunkt**

von Rolf Heinitz, Ziegra-Knobelsdorf

„MSN“ - es geht dabei um viel mehr als um ein Symbol!  
 Ja, vielen Politikerinnen und Politiker ist es nicht wert, um die Buchstaben eines Autokennzeichens zu diskutieren. Schließlich gebe es ja wichtigere Fragen, über die die Bevölkerung diskutieren sollte. Warum mische man sich nicht gegen Sozialabbau

und Kriege ein so wird dann oft gefragt. Doch was die Bürgerinnen und Bürger aufregt, wofür und wogegen sie sich engagieren, dies ist nun einmal nicht Entscheidung der Politik.

Ja, Politik ist auch Symbolpolitik. Mit Symbolen macht man Politik. Und so kann ein Autokennzeichen zu einem Symbol werden.

Erinnern wir uns doch einmal. Wie war es vor 19 Jahren? Wurden nicht gerade von linker Seite eine neue Hymne, eine neue Flagge, ja, auch ein neuer Name für die Republik eingefordert? Dies waren doch für uns die Symbole für eine gleichberechtigte Vereinigung.

Ja, auch die Politik des neuen Landkreises muss Symbole setzen. Wenn einiges anders wird: warum soll dann nicht auch für alle das Autokennzeichen gleich neu sein?

**kurz informiert**

Unsere Leserin **Dr. Elisabeth Steinhoff aus Roßwein** informierte uns über eine Veranstaltung der LINKEN in Döbeln. Dort sprach der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion im sächsischen Landtag, Dr. Dieter Pellmann, zu Renten- und Sozialfragen.

„Pellmann“ - so Elisabeth Steinhoff - „stellte zunächst klar, dass die Debatte über die Sicherheit der Renten nicht erst durch Norbert Blüm angestoßen wurde“. Dieser habe sich nach seinem Ausscheiden aus dem Amt vom Saulus zum Paulus gewandelt.

Zur Zeit sei für den 1. Juli dieses Jahres eine Steigerung der Renten um 2,76 % im Gespräch. Aber man müsse abwarten, ob das auch eintreffen werde. In Wirklichkeit träten Gegenströmungen auf, die zu einem geringeren Einkommen für die Rentner führen, wie Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, höhere Strompreise, weiteres Abschmelzen der Auffüllbeiträge usw.

Im letzten Jahrzehnt seien nur „Reformen“ betreffs der Renten und im Sozialwesen in Gang gesetzt worden. Diesbezügliche Vorschläge der LINKEN wurden aus Prinzip ignoriert.

Unser Leser **Michael Ziegler aus Freiberg** berichtete über einen Besuch von 47 politisch Interessierten - darunter vier aus Freiberg - im Bundestag. Sie weilten am 1. und 2. Dezember auf Einladung von MdB Michael Leutert in Berlin. „Michael Leutert“ - so Michael Ziegler - „stellte sich seinen Wählern in einer angenehmen Diskussionsatmosphäre. Der Dank für zwei schöne Tage gilt Genossen Michael Leutert.“

**bei anderen gelesen**

unsere monatliche kolumne

gefunden in der zeitschrift des landesverbandes der gewerkschaft erziehung und wissenschaft im dgb (Auszüge)

Unser Ministerpräsident hat also in der DDR nicht hinter der heimischen Gardine Widerstand geleistet, sondern richtig Karriere gemacht. Als Mitglied der DDR-CDU war er bis in die Strukturen des Rates des Kreises Kamenz gelangt, verantwortlich für den Bereich Handel und Versorgung. Damit war er in der Hierarchie der DDR kein unbeschriebenes Blatt.

20 Jahre nach dem Fall der Mauer wirken die Vorwürfe gegen Tillich eher belanglos und fast lächerlich, wenn da nicht das flau Gefühl im Magen wäre, dass offenbar mit verschiedenerlei Maß gemessen wird. Denn ich gehe mal davon aus, dass ein Funktionär beim Rat des Kreises - egal welcher Parteizugehörigkeit - die DDR mehr gestützt hat, als ein Schulleiter oder Schulparteisekretär einer 6-köpfigen Parteigruppe. Den Schulleitern und Parteisekretären wurde in großer Zahl gekündigt.

Stanislaw Tillich hingegen machte in der CDU Karriere und landete ziemlich schnell im Landtag. Die ihn jetzt unterstützenden Argumente grenzen denn aber schon an Lächerlichkeit. Er sei zwar beim Rat des Kreises bestenfalls in einer „mittleren Position“ gewesen, diese Position sei aber vor allem „mit viel Ärger verbunden“ gewesen. Ich hoffe, wir müssen unseren Ministerpräsidenten nicht noch nachträglich bedauern.

Es geht hier nicht um Stanislaw Tillich, schon gar nicht um seinen Rücktritt. Es geht - fast 20 Jahre nach Fall der Mauer - um den Umgang mit unserer Vergangenheit.

Die Reduzierung der DDR-Geschichte auf Stasi, Mauer und Gefängnis, das bis heute andauernde Verschweigen oder Zerreden wissenschaftlicher und kultureller Leistungen lässt kaum Platz, mit seiner persönlichen Biografie im Reinen zu sein. Wer in der DDR in seinem Job etwas geleistet hat, läuft heute Gefahr, dafür niedergemacht zu werden. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte muss an irgendeiner Stelle auch einmal das Leben der „einfachen Leute“ von Schießbefehl und Mauer trennen. Nicht jedes SED-Mitglied war glühender Kommunist und begrüßte Stasi-Methoden. Fast 20 Jahre nach dem Fall der Mauer gibt es noch immer welche, die aus Karriere- und Machthunger andere mit deren DDR-Biografie vernichten wollen. Vielleicht kann der „Fall Tillich“ ja daran endlich etwas ändern.

Uwe Preuss, Leipzig

**reportage****Wider die räuberischen Heuschrecken**

von unserem Redaktionsmitglied  
Dr. Michael Matthes

Das spricht der Müntefering von den bedrohlichen Heuschrecken, die in unsere Wirtschaft eindringen und ihrem tierischen Namensvettern gleich alles kahlfressen. Der Schreiber konnte sich bis vor Kurzem darunter nichts vorstellen. Doch dann machte er sich in Vorbereitung auf die Wahlen in Sachsen auf den Weg, um im thüringischen Nordhausen zu besichtigen, wie DIE LINKEN dort als Partei den Mitbürgern zur Seite stehen. Vor Zeiten hatte er gehört von einer Belegschaft des dortigen



Foto: M. Matthes

Fahrradwerkes, die sich entschlossen gegen die Betriebsstilllegung mit einer Besetzung zur Wehr gesetzt hatte und die schließlich unter der Bezeichnung StrikeBike GmbH das Schicksal in die eigenen Hände genommen hatte. Thüringens DIE LINKE hatte durch das Auftreten von Bodo Ramelow im Landtag und im Bundestag die Aktion deutschlandweit publik gemacht. Der Ortsverband DER LINKEN in Nordhausen unterstützte die Aktion, so dass sich auch zahlreiche Bürger mit den Betriebsbesetzern eins zeigten. Die Besetzer wurden mit Lebensmitteln und Getränken versorgt. Einzelne nahmen stundenweise an der Besetzung teil. Rührendste Beispiel an Solidarität lieferte ein Bürger, der seine Trompete mitgebracht hatte und den Sitzstreikenden über Stunden die Zeit vertrieb.

Doch die Geschichte des Nordhäuser Werkes beschreibt eine Wende- und Heuschrecken-Story, wie sie anschaulicher nicht sein kann. In Nordhausen wurden vor dem Ende der DDR im IFA-Motorenwerk Motoren für die Schönebecker Traktoren und dann auch Motoren für die Ludwigsfelder W50-Lastwagen produziert. Ältere werden sich daran erinnern: Es gab in den Volkseigenen Kombinat eine Planpositi-

on „Massenbedarfsgüter“. Im Rahmen dieser Planaufgaben baute man in Nordhausen Fahrräder - dem Vernehmen nach Klappfahrräder. Zur Wende wurde durch die Treuhandanstalt das IFA-Kombinat plattgemacht. Die Einzelteile wurden „privatisiert“. Das sah im Falle des Fahrradwerkes, das vielversprechend von nun Bike Systems genannt wurde, so aus, dass bis zum Jahr 2003 insgesamt 38 - in Worten achtunddreißig - Geschäftsführer den Betrieb auf den Hund brachten. Das Fahrradwerk übernahm schließlich die BIRIA-Gruppe. In unseren Gefilden betrieb BIRIA in Löbau ein Fahrradwerk.

Im Jahr 2005 übernahm LONESTAR, eine als Finanzinvestor bezeichnete und weltweit agierende Heuschrecke, die BIRIA-Werke und begann, die Kapazitäten in seinem Sinn zu „sanieren“. Das sah dann so aus, dass das Unternehmen in selbständige Firmen zerlegt wurde und diesen Firmen das zu geordnet wurde, was sich zu Geld machen ließ - Maschinen, Anlagen und Gebäude. Schließlich blieb die Belegschaft in einer dieser Firmen übrig. Nachdem man diese Firma noch kräftig mit Krediten verschuldet hatte, ließ man sie fallen und ein Insolvenzverwalter zog ein. Zuvor hatte man noch die immateriellen Werte z.B. die Kundenkartei und ähnliches an die MIFA-Werke Sangerhausen verkauft. Übrig blieb das Unbrauchbare - die Beschäftigten. Mitte Juli wurden die Mitarbeiter informiert, dass das Werk Ende des Monats schließt. Von „sozialer Abfederung“ keine Spur. Die noch vorhandenen Wertreste blieben zur Befriedigung der Ansprüche der Bank und des Insolvenzverwalters. Ein Zugriff auf die ursprünglich vorhandenen Werte war nicht möglich, weil sich diese bei den zu eben diesem Zweck gegründeten anderen Firmen befanden.

Der Widerstand der Beschäftigten begann sich zwar zu formieren. Man machte die gesetzlich zustehenden Forderungen geltend. Wie erwähnt wurde das Werk besetzt und unter eigener Regie mit Restbeständen an Teilen weiterproduziert. Das STRIKEBIKE entstand. Alle einhundertzwanzig Beschäftigte nahmen an den Aktionen teil. Genützt hat es schließlich nichts. LONESTAR konnte sich, durch das deutsche Insolvenzrecht geschützt, allen Verpflichtungen entziehen. Zurück blieb eine wüste Stelle.

Am 1. Mai 2008 machten sich die letzten Getreuen selbstständig und gründeten die StrikeBike GmbH. Drei einzelne ehemalige Mitarbeiter halten fünfzig Prozent der Firma und leben von Fördergeldern für die Existenzgründung. Die zweite Hälfte der Anteile gehört einem eingetragenen Verein, in dem sich zwanzig ehemalige Mitarbeiter zusammengeschlossen haben. Davon sind 4 fest angestellt und sechzehn geringfügig beschäftigt.

Aber den Schatten von LONESTAR wurde man zunächst nicht los. Als man die seinerzeit genutzten Vorrichtungen und Werkzeuge aufzutreiben suchte, fand man sie in alle Winde zerstreut. Bis nach Ungarn war das Hab und Gut des ehemaligen Fahrradwerkes verhökert worden. Und die Ungarn haben inzwischen auch „gelernt“. Als sie vom Interesse der Nordhäuser hörten, war der Preis sofort außerhalb

Fortsetzung auf Seite - 11 -



Michael Leutert wurde für DIE LINKE in den Bundestag gewählt. Leutert war persönlich in Afghanistan und hat festgestellt, dass die bisherigen Bundeswehreinätze nichts gebracht haben. Der linke Parlamentarier kam am 7. Januar nachmittags nach Frankenberg und abends nach Brand-Erbisdorf. In Frankenberg hatten Ortsverband und Stadtratsfraktion der LINKEN eine Demonstration gegen den Bundeswehreinatz organisiert. Vor dem Bahnhof - wo u.a. Leutert, die Ortsvorsitzende der LINKEN in Frankenberg, Rosemarie Freudenberg sowie Carmen Scholtissek, ebenfalls von den Frankenger LINKEN und Chemnitzer Genossen das Wort ergriffen - gab es eine Demo. Danach marschierte das - leider relativ kleine - Häuflein der rund 50 Demonstranten zur Wettiner Kaserne. Dort übergaben sie eine „Erklärung der Teilnehmer der Demonstration“ an Oberst Michael Haller. Haller wird die Soldaten der Panzergrenadierbrigade bei ihrem Einsatz in Afghanistan als stellvertretender Kommandeur führen. Vor der abendlichen Podiumsdiskussion mit Leutert in Brand-Erbisdorf allerdings kniff er mit - wie es scheint - sehr fadenscheinigen Argumenten. Ein besonders „gewichtiges“ Argument Hallers, welches Rosemarie Freudenberg jedoch sofort entkräftete: Den Demonstranten ginge es angeblich darum, den Bundeswehr-Standort Frankenberg in Frage zu stellen. Die Brand-Erbisdorfer LINKEN organisierten Mahnwachen. Im folgenden dokumentieren wir die Erklärung der Teilnehmer der Demonstration in Frankenberg und eine Leserzuschrift zur abendlichen Diskussion in Brand-Erbisdorf (leider ohne Oberst Haller).

### Frieden und Demokratie werden nicht mit Militäreinsätzen errungen!

- Erklärung der Teilnehmer der Demonstration in Frankenberg am 7. Januar 2009 -

Die Bundeswehr bereitet weitere Soldaten für einen Auslandseinsatz in Afghanistan vor. Auch der Standort Frankenberg ist davon betroffen. In der zweiten Januarwoche 2009 finden aus diesem Anlass Übungen der Bundeswehr zwischen Frankenberg und Marienberg im öffentlichen Raum statt.

Wir lehnen diese militärisch geprägten Aktivitäten, die in den zivilen Bereich hinein reichen, ab! Diese Ablehnung ist mit der grundsätzlichen Ablehnung des Engagements der Bundeswehr in Afghanistan verknüpft!

Folgende Fakten sind dafür der Grund:

- Der mehr als sieben Jahre währende Krieg hat ein verheerendes Ergebnis: Immer wieder werden unbeteiligte Zivilisten Opfer des Krieges. Die Zahl der zivilen Opfer steigt seit 2006 sogar an; die Armut wächst, Hunger bedroht ein Drittel der afghanischen Bevölkerung.
- Die Regierung Karsai ist weder demokratisch gewählt noch wird sie von der Mehrheit der Bevölkerung gestützt. Karsai wurde 2001 auf massiven Druck der USA hin als Interimspräsident installiert. Die „Schutztruppe ISAF“ wurde aufgebaut, um diese Regierung zu schützen. Unter Karsai herrschen wieder die Kriegsherren, die die Afghanen nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer terrorisierten. Darunter sind Kriegsverbrecher und Drogenbosse wie General Mohammed Daoud und Rashid Dostum.
- Seit 2002 wurden 58 Milliarden Euro für Militärmaßnahmen und 5,2 Milliarden Euro für den zivilen Aufbau ausgegeben: Ein Verhältnis von mehr als 10:1! In Deutschland stehen 530 Millionen Euro für Militärausgaben und gerade mal 100 Millionen Euro für den zivilen Aufbau ebenfalls in keinem akzeptablen Verhältnis.

Das ist der falsche Weg!

Afghanistan braucht Krankenhäuser, Schulen und Universitäten. Eine neue Agrarpolitik muss befördert werden, denn die Bauern müssen von ihren Erträgen leben können. Hierfür braucht es Ärzte, Lehrer und Ingenieure.

Das Militär kann das nicht leisten!

- Der Opiumanbau floriert in Afghanistan und nicht dessen Wirtschaft. Über 90 Prozent der weltweiten Opiumproduktion kommen aus Afghanistan. Das heißt, dass insbesondere den armen Bauern andere tragfähige Alternativen aufgezeigt werden müssen.
- Alle 28 Minuten stirbt in Afghanistan eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die Lebenserwartung afghanischer Frauen liegt bei 44 Jahren. Die Lage der Mehrheit der Frauen hat sich seit dem Sturz der Taliban nicht verbessert. Das prangert auch die Frauenorganisation „Womankind Worldwide“ an. Frauenrechte können nicht mit Krieg erkämpft werden!
- Die Bundesregierung behauptet, es sei schon viel erreicht. Dieser Logik können wir nicht folgen. Allein im August 2008 wurden nach Angaben der unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission (AIHRC) 168 Zivilisten getötet. Das geschieht in zunehmendem Maße auch bei ISAF-Einsätzen. Seit 2001 kamen über 100 000 Zivilisten ums Leben. Damit wird die Spirale aus Hass und Gewalt weiter angeheizt. Die internationalen Militärtruppen werden von der Bevölkerung zunehmend als Besatzer und nicht als Helfer wahrgenommen!

Die Alternative heißt

### Bundeswehr raus, Entwicklungshelfer rein!

Der afghanischen Bevölkerung muss zugestanden werden, ihr eigenes Staatswesen zu entwickeln.

**So schafft man keine Demokratie! Bundeswehr raus, Entwicklungshelfer rein!**

Dieser Prozess kann nicht von jenen geschützt werden, die eigene wirtschaftliche Interessen verfolgen, indem sie versuchen, Zugang zu Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf und in der Kaspischen Region zu erlangen, oder die meinen, ihr Land am Hindukusch verteidigen zu müssen.

Die afghanische Bevölkerung kann sich nur über ein Gesellschafts- und Staatswesen, das ihnen politische Teilhabe garantiert und Frauenrechte stärkt, mit ihrem Aufbauprozess identifizieren.

**Liebe Bürgerinnen und Bürger, wir sind aufgefordert, uns zu positionieren. Ein Auslandseinsatz der Bundeswehr kann uns nicht gleichgültig sein. Noch nie war Krieg eine gute Alternative. Wir wissen es aus unserer eigenen Geschichte.**

Die NATO-Strategie, den Wiederaufbau und Militäreinsätze miteinander zu verzahnen, gelingt nicht. Das zeigt die Situation in Afghanistan. Es ist höchste Zeit, den Weg vom Militär zurück zur Politik der zivilen Maßnahmen einzuschlagen.

Das Risiko, dass junge Männer und Frauen bei diesen Einsätzen ihr Leben verlieren, verletzt oder traumatisiert zurückkehren, ist nicht hinnehmbar.

**Erteilen Sie dem Engagement der Bundeswehr in Afghanistan eine klare Absage!**

**Machen Sie deutlich, was Sie von den Übungen der Bundeswehr im öffentlichen Raum halten, die diesem Auslandseinsatz dienen. Lehnen Sie sie ab!**

*zur abendlichen Veranstaltung in Brand-Erbisdorf erhielten wir folgenden Standpunkt von Rita und Günter Hillmann aus Oederan*

Gemeinsam mit drei weiteren Genossen der Basisgruppe Oederan folgten wir der Einladung der Brand-Erbisdorfer Friedensinitiative zu einem Podiumsgespräch mit dem Bundestagsabgeordneten der LINKEN Michael Leutert und dem Oberst Michael Haller, welcher in wenigen Wochen die Soldaten der Panzergrenadierbrigade 37 „Freistaat Sachsen“ als stellvertretender Kommandeur zu ihrem Einsatz in Afghanistan führen soll.

Die Teilnehmer der Veranstaltung bedauerten sehr, dass der Oberst seine Teilnahme kurzfristig abgesagt hatte, weil angeblich kein neutraler Moderator anwesend sei.

Trotzdem wurde es ein interessanter Abend. So wurden die unterschiedlichsten Meinungen zum Einsatz in Afghanistan, aber auch zu den vorbereitenden Übungen in unserer Region geäußert. So schilderte zum Beispiel ein Teilnehmer der Podiumsdiskussion, wie positiv zivile Unterstützung durch die Sowjetunion und die DDR zur Entwicklung der Infrastruktur vor dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan wirkte und sogar heute noch im Straßennetz erkennbar sei. Dagegen berichtete Michael Leutert - für DIE LINKE im Bundestag - aus eigenem Erleben, wie verheerend die Kriegsfolgen das Leben der Bevölkerung beeinträchtigen. Die Umgestaltungsversuche der ausländischen Truppen hätten keine dauerhafte Wirkung. Außerdem würden sie von der Mehrheit der Bevölkerung nicht unterstützt. Die Ausgaben - so Michael Leutert - stünden in einem krassen Missverhältnis zueinander. Dabei bilde Deutschland mit 530 Millionen für Militärausgaben und 100 Millionen für den zivilen Ausbau keine Ausnahme.

Die Anwesenden waren sich darin einig, dass



Wahre Männerfreundschaft sieht anders aus! Das Mitglied des Bundestages der LINKEN Michael Leutert trifft im Rahmen der Demo gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan am Eingang der Frankenberger Kaserne der Bundeswehr auf Oberst Michael Haller. Haller schlug die Einladung zu einer gemeinsamen Podiumsdiskussion aus.

man Demokratie nicht exportieren kann, sondern dass Veränderungen aus der Gesellschaft selbst heraus erwachsen müssen.

**Deshalb unterstützen wir die Forderung unserer Bundestagsfraktion nach einem geordneten Abzug der ausländischen Truppen und umfassende zivile Maßnahmen zur Befriedung Afghanistans. Den Brand-Erbisdorfer und Frankenberger Genossen und Mitstreitern danken wir für die Organisation der Demonstration in Frankenberger, der Gesprächsrunde in Brand-Erbisdorf, der Mahnwache, einer Lichterkette und anderer Initiativen.**

**kurz informiert**

Der Vorsitzende des Ortsverbandes Freiberg, Johannes Gyarmati, organisiert eine **Besuchsfahrt zum Europaparlament in Straßburg**.

Sie findet im Zeitraum vom 4. Mai bis zum 7. Mai statt. Es stehen 35 Plätze zur Verfügung. Dabei kann eine Beteiligung an den Kosten für Busfahrt und Übernachtung von bis zu 180 Euro entstehen.

Vorgesehen sind u.a. ein Gespräch mit MdEP Sylvia-Yvonne Kaufmann im Europaparlament und eine Fahrt nach Verdun.

Verbindliche Anmeldungen bei Johannes Gyarmati unter 03731-200714 oder in den drei Geschäftsstellen der LINKEN in Mittelsachsen.

## Kreisräte der LINKEN vorgestellt - heute Gottfried Jubelt (Augustusburg)



Beginnen wir mit dem Agrarexperten Gottfried Jubelt. Er ist ausgebildeter und studierter Diplomingenieur der Agrarwirtschaft. In der Endzeit der DDR war er in der Fachabteilung für Landwirtschaft im Rat des Kreises Flöha beschäftigt. Dem Agrarsektor blieb er auch in den nunmehr fast zwei Jahrzehnten der „Nachwendezeit“ treu - zunächst rund zehn Jahre als Angestellter in einer Firma und seit dem Jahre 2000 als sein eigener Chef: der „Agrarberatung Jubelt Dipl.-Ing. agr.“. Das wollte er so und seither verdient er sich seine Brötchen als selbständiger Agrar-Fachmann mit einem kleinen Büro in Flöha.

Jubelt ist „Baujahr“ 1950. Ob er will oder nicht: Er steuert also unablässig auf jenes Alter zu, mit dem ein Mann erst seine volle Reife erlangt.

Seine „politische Laufbahn“ startete Gottfried Jubelt in der „Kampfeserve der Partei“ - besser gesagt, als Mitarbeiter in der FDJ-Kreisleitung Flöha. Nach der politischen Wende - bis Ende 1998 wohnte er in Flöha - machte Jubelt beim Runden Tisch in Flöha mit. „Berührungsängste mit anderen politischen Kräften, wie andernorts üblich, gab es bei uns wenig“. Auch hier ging die „Zeit der Runden Tische“, der Suche nach einer „besseren DDR“ allerdings sehr schnell vorüber. Sie wurde abgelöst von der uns übergestülpten Herrschaft der politischen Parteien a la alte Bundesrepublik mit dem „Schmuddelkind“ PDS am Rande, gemieden von allen anderen wie vom Teufel das Weihwasser.

Gottfried Jubelt wurde zum Stadtverordneten, später Stadtrat in seiner Heimatstadt Flöha gewählt. Das blieb er bis zu dem durch seinem Umzug nach Augu-

**Dass er „leicht pflegbar“ ist, kann man von Gottfried Jubelt weiß Gott nicht behaupten. Er ist ein eckiger und kantiger Typ, der mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hält. Und er ist berechenbar: Was er sagt - manchmal auch mit etwas zuviel Schärfe versehen - ist ehrlich gemeint und darauf angelegt, Probleme zu klären und eine Sache im Interesse der LINKEN nach vorn zu bewegen.**

**Jubelt ist in der 19-köpfigen Kreistagsfraktion der LINKEN der ausgewiesene Agrarexperte und hat auch klare Positionen zum Themenkreis „Agrarwirtschaft und Umwelt“. Dafür spricht seine gesamte berufliche Entwicklung.**

**Nachdem in den bisherigen „Vorstellungsrunden“ der Kreisräte der LINKEN das schöne Geschlecht dominierte, stellen wir heute den Vollblut-Kommunalpolitiker aus Augustusburg vor.**

stusburg im Dezember 1998 erzwungenen Ausscheiden. Aber Jubelt, der sich inzwischen in der Kommunalpolitik richtig „festgebissen“ hatte, blieb nicht lange ohne kommunales Mandat. Da bereits im Jahre 1999 Stadtratswahlen in Augustusburg stattfanden, konnte er in seiner „neuen Heimat“ kandidieren und wurde in den Stadtrat gewählt. Dort ist er bis zum heutigen Tage aktiv. Am 2. April 2006 trat er zur Bürgermeisterwahl an und erreichte ein Ergebnis von 14,4 Prozent - in der Stadt Augustusburg selbst lag das Ergebnis wesentlich höher.

In der Kreispolitik gab es für Gottfried Jubelt mehrfach die Notwendigkeit, sich territorial neu zu orientieren. Bis 1994 gehörten die Städte Augustusburg und Flöha zum Altkreis Flöha. Dann erfolgte die Bildung des Landkreises Freiberg aus den drei Landkreisen Brand-Erbisdorf, Flöha und Freiberg. Dieser existierte genau 14 Jahre - exakt bis zum 31. Juli des vergangenen Jahres.

Zwei Wahlperioden - von 1994 bis 2004 - saß Jubelt im Kreistag Freiberg - unter den Landräten Löffler (CDU) und Uhlig (Freie Wähler, später CDU). Dann kam die für ihn so unglücklich verlaufene Wahl zum Kreistag im Jahre 2004. Nur durch das d'Hondtsche Wahlverfahren zur Berechnung der Zahl

der Sitze verfehlte er die seine dritte Wahl zum Kreisrat - obwohl er in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen aller Bewerber der PDS und mehr als jene in anderen Wahlkreisen erreichte.

Aber Gottfried Jubelt „rostete“ auch in den vier Jahren bis 2008 politisch nicht ein und stellte sich bei den Wahlen zum neuen Kreistag im Juni des vergangenen Jahres erneut seinen Wählern in Flöha, Augustusburg und Umgebung. War doch inzwischen eine neue Kreisgebiets- und



Als LINKER mit Verbindungen bis in höchste Kreise. Wenn Gottfried Jubelt in Augustusburg Feiern organisiert, ist selbst der Kurfürst „Vater“ August als Gründer der Augustusburg nicht weit.

Verwaltungsreform beschlossen worden, mit welcher die Landkreise Döbeln, Freiberg und Mittweida zum neuen Landkreis Mittelsachsen zusammengeführt wurden.

Das Ergebnis des Urnenganges vom 8. Juni 2008 ist bekannt: Jubelt wurde als einer von 19 Kreisräten der LINKEN in den Kreistag des neuen Landkreises Mittelsachsen gewählt. Dort steht er für Sachkompetenz, aber auch für Streitlust - nicht des Streites, sondern der Sache wegen.

Seit dem Jahre 1998 befindet sich der Lebensmittelpunkt Gottfried Jubelts und seiner Familie (dazu gehören neben der Ehefrau noch zwei Kinder mit ihren Familien und zwei Enkelkinder) in Augustusburg. Und das nicht irgendwo, sondern im reizvollen historischen Stadtkern unter

## Aus dem mittelsächsischen Kreistag

der mächtigen Augustusburg. Stolz trägt sein Haus über der Eingangstür die Jahreszahl „1596“. Die Stadt Augustusburg ist gegenwärtig dabei, spezielle Tafeln für historische Gebäude im „Städt 1“ - der historischen Altstadt mit dem „schiefersten Markt der Welt - zu gestalten und dort anzubringen. Dem „Jubeltschen Haus“ ist eine der ersten dieser Tafeln gewidmet.

Auch im Stadtparlament von Augustusburg ist Jubelt als streitbarer Geist gut bekannt. Aber er macht auch im Ortschaftsrat von Augustusburg - die Stadt verfügt neben dem Stadtrat über fünf Ortschaftsräte in den vier Ortsteilen und Augustusburg - aktiv mit. So ist Jubelt seit dem Jahre 2005 Chef des Aufsichtsrates der kommunalen Wohnungsverwaltung und bereits seit 2003 Vorsitzender des Vereins „Drahtseilbahn Erdmannsdorf-Augustusburg“.

Ich kann aus eigener Erfahrung behaupten: „Es gibt (fast) nichts in Augustusburg, bei dem Gottfried Jubelt nicht seine Finger im Spiel hat!“ Beispiele gefällig?

Vom Drahtseilbahnverein war schon die Rede. Der ist bereits jetzt dabei, für den Juni 2011 eine ganz große „Schaffe“ vorzubereiten - dann wird die alte Dame, wie man die Drahtseilbahn liebevoll nennt, nämlich 100 Jahre alt. Im Juni 2006 wurde die Wiedereröffnung der Bahn nach umfassender Sanierung mit einem Familienfest gefeiert. Jedes Jahr findet ein Berglauf statt, bei welchem die Läufer versuchen, schneller als die Bahn die Bergstation zu erreichen. Bei allen Aktivitäten rund um die alte Dame immer dabei - der Vereinschef Gottfried Jubelt.

Im Sommer organisiert die Stadt Augustusburg ihr Sommerfest. Besonderes Gaudi dabei: Am Kurplatz wird der „Tante-Ella-Kofferlauf“ gestartet. Gewidmet einem Augustusburger Original - eben der Tante Ella - die mit einem Handwägelchen an der Bergstation der Drahtseilbahn auf Kunden wartete, um deren Koffer zu transportieren. Das wird - mit viel Spaß und guter Laune - durch dreiköpfige Mannschaften mit lustig gestalteten Handwagen gewissermaßen nachgespielt. Da kommt dann auch schon einmal der Kurfürst August persönlich vorbei und lobt seinen „lieben Untertan Gottfried“.

Oder das jährliche „Männelfest“, der Augustusburger Weihnachtsmarkt. Er will Augustusburger Originalität vermitteln. Organisiert vom Ortschaftsrat Augustusburg. Und auch dabei mittendrin statt nur dabei: Gottfried Jubelt.

Er macht vor, was es heißt, die Menschen als Kreis- oder Stadtrat zu erreichen - im Rathaus und auf der Straße.

aufgeschrieben von Hans Weiske

**Mit einer umfassenden Tagesordnung zur Sitzung am 10. Dezember hat sich der mittelsächsische Kreistag in das neue Jahr verabschiedet. Wir dokumentieren wichtige Ergebnisse.**

**Die Monate Januar und Februar werden durch die Vorbereitung der Beratung des Haushaltsplanes zur nächsten Sitzung am 11. März bestimmt sein. Am 4. Februar tritt der Verwaltungs- und Finanzausschuss zu seiner nächsten Beratung zusammen.**

Der Kreistag verschob die **Wappenabstimmung** mit einem Prüfauftrag an die Verwaltung des Landkreises. Am 4. Februar wird der Verwaltungs- und Finanzausschuss dazu beraten.

Thema des Tages: In welche Richtung soll der „Meißner Löwe“, das Symbol der Markgrafschaft Meißen, schauen? Auf anderen Wappen schaut er nach links, im neuen Wappenentwurf des Landkreises Mittelsachsen jedoch nach rechts.

Auf dem Wappen dargestellt sind - wie

bereits erwähnt - oben links der markmeissnerische Löwe, rechts daneben die Bergeisen für die alte Bergbauregion Freiberg. Die drei blauen Wellenbalken unten links entstammen dem alten Kreiswappen von Mittweida und die drei Wecken (heraldische Muster) sind dem Wappen der Burggrafschaft Leisnig entlehnt.



Die Krone des Erzgebirges - die Augustusburg - in den kalten Januartagen 2009

Der Kreistag beriet ein Konzept zur Entwicklung der **Straßenmeistereien** im Landkreis Mittelsachsen. Das machte sich erforderlich, da die Straßenverwaltung für Bundes- und Staatsstraßen seit dem 1. August 2008 auf die Landkreise übergegangen ist. Das bedeutet, dass die Straßenmeistereien im Landkreis nunmehr die Bundes-, Staats- und Kreisstraßen betreuen. Insgesamt verfügt Mittelsachsen nunmehr über sechs Straßenmeistereien und über eine Amtswerkstatt mit insgesamt 212 Beschäftigten. Die Straßenmeistereien, die in den vergangenen Wintertagen eine harte Bewährungsprobe erlebten, befinden sich in Freiberg, Brand-Erbisdorf, Hainichen, Rochlitz, Mühlau und Döbeln.

Für die Meistereien Brand-Erbisdorf und Mühlau sind Neubauten vorgesehen, die sich in Rechenberg-Bienenmühle und Frankenberg befinden sollen. Bei beiden handelt es sich um so genannte Bundesstraßenmeistereien.

Auf der Sitzung des Kreistages wurde durch die Finanzverwaltung des Landkreises ein **Haushalt** vorgestellt, der bei weitem noch nicht ausgeglichen ist. Zum Haushaltsausgleich fehlten noch rund 4,7 Millionen Euro.

Auf der Grundlage bereits bekannter Zahlen wird der Haushalt ein Volumen von 415 Millionen Euro umfassen. Davon sollen 364 Millionen Euro in den Verwaltungshaushalt und die restlichen 51 Millionen Euro in den Vermögenshaushalt gehen. Über 60 Prozent des Verwaltungshaushaltes sollen im Sozialbereich ausgegeben werden. Die Kulturabgabe an den neuen Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen beträgt nach den vorläufigen Planungen rund 3,3 Millionen Euro. Der größte Posten dabei geht an die Mittelsächsische Theater und Philharmonie Freiberg/Döbeln. Auch ein Zuschuss an den kulturellen Höhepunkt dieses Jahres, den „Tag der Sachsen“ in Mittweida, ist vorgesehen. (hw)

## Manchmal kommt die Feuerwehr - Zur zivilen Sicherheit der Bürger

Von unserem Redaktionsmitglied  
Dr. Michael Matthes

Der Schreiber saß im Gemeinderat seines Wohnortes und hatte somit über das Wohl und Wehe seiner Mitbürger zu entscheiden – sachkundig und seinen Wählern verpflichtet. Wie bekannt spielt die gesetzlich verbriefte Daseinsvorsorge eine nicht zu unterschätzende Rolle. Rück-



Bilder auf dieser Seite (3): Pixelio/geralt, zimbo, Fries

blickend muss man sich allerdings eingestehen, dass es mit der Sachkunde und der Verantwortung gegenüber dem Mitbürger nicht zum Besten stand. Die Zwänge von Verordnungen und Gesetzen sind so verwirrend, dass man mit dem gesunden Menschenverstand einfach nicht durchdringt. Und so kommen nicht wenige wenig tragfähige Ratsbeschlüsse zu Stande. Schließlich als Bürgermeister einer der beiden am meisten verschuldeten Gemeinden des vormaligen Landkreises Freiberg stand man den Bürgern noch mehr in der Verantwortung. Selbst für die Pflichtaufgaben reichten die Mittel hinten und vorn nicht. Die Gemeinde saß in der Schuldenfalle. Und so fragte sich der Bürgermeister einer Gemeinde von zweitausend Einwohnern und drei Feuerwehren, ob man da nicht was machen könnte, um Mittel zu sparen. Drei Feuerwehren mit drei Gebäuden, drei Ausrüstungen und drei Mannschaften mit abschmelzender Stärke – eigentlich ist offensichtlich, dass man daraus eine macht und mit dem vorhandenen Geld erträglich ausstattet. Schon beim vorsichtigen Vortasten auf das Ziel schaute der frisch gebackene Bürgermeister in wenig erfreute Gesichter. Und da auch ein Bisschen Kleben an lokalen Befindlichkeiten – man wollte nicht so recht mit denen aus dem ehemals selbstständigen Nachbardorf – aus allen Reden herauszuhören war, erklärte er sich den Widerstand subjektiv. Der Bürgermeister, städtisch geprägt und zugezogen, verstand nicht, was hinter all dem steckte. Die Freiwilligen Feuerwehren waren im Laufe der Jahrzehnte gewachsen aus dem Selbstverwaltungsgedanken und der Verantwortung für die eigenen Dinge. Es gehörte zum Selbstverständnis der Bürger, für den Schutz ihres Eigentums vor Zerstörung einzutreten. Und man war

stolz, der Feuerwehr anzugehören – trotz der bekannten skurrilen Vorfälle, an selbstgelegten Bränden seine Tüchtigkeit zu beweisen. Und Feuerwehrhauptmann oder Wehrleiter, wie es heute heißt, zu sein, war und ist Auszeichnung und Anerkennung. Wer darüber lächelt, wie der Berichtstatter, hat etwas Wesentliches nicht begriffen. Unter anderem auch nicht, dass da gewachsene und achtenswerte Kollektive entstanden sind, deren Strukturen man nicht so einfach ändern sollte. Und noch etwas blieb dem Bürgermeister verborgen – nämlich, wie eine freiwillige Feuerwehr funktioniert. Wird alarmiert, lässt man sein Werkzeug fallen und all das, womit man gerade beschäftigt ist, bleibt liegen, und man begibt sich auf schnellsten Weg zum „Spritzenhaus“. Für das Eintreffen am Einsatzort gibt es gesetzlich vorgeschriebene Fristen. Aus all dem lässt sich Mehreres ableiten:

**Zum Ersten:** Der Weg vom Aufenthaltsort, meist der Arbeitsplatz, bis zum „Spritzenhaus“ muss in der vorgegebenen Normzeit zu schaffen sein. Mehr noch – die Sprintstrecke muss von hinreichend vielen Mitgliedern der betreffenden Freiwilligen Feuerwehr geschafft werden, damit der Einsatz mit der Mindeststärke abgesichert werden kann. Man überlege mal, wie sich die Dinge nach der Wende rückwärts entwickelt haben. Die Arbeitsplätze am Wohnort sind besonders im ländlichen Raum sehr rar geworden. Man pendelt mit viel Aufwand dorthin, wo ein Arbeitsplatz zu finden ist (siehe

Viele junge Leute zogen der Lehrstelle wegen Richtung Westen. Die Jugendfeuerwehren spüren das.

**Zum Zweiten:** Ein zentraler Standort führt zur Verlängerung der Anfahrtzeiten. Die Normzeiten rücken in weite Ferne. Die Quintessenz: Feuerwehrstandorte zu zentralisieren ist ein Irrweg. Gemeinderäte, die das beschließen, verletzen die Rechte der Bürger in Bezug auf den zivilen Schutz. Und nebenbei – aus der Pflicht zur Daseinsvorsorge resultiert die Pflicht des Bürgermeisters einer Gemeinde mit nicht einsatzbereiter Feuerwehr, Bürger zum Dienst bei der Freiwilligen Feuerwehr mit Zwang zu rekrutieren. Dafür gibt es in Deutschland bereits Beispiele. Man male sich diesen Zustand einmal aus. Der Schutz der Bürger steht dann auf dem Papier – tatsächlich vorhanden ist er nicht. Aber nicht nur der Bürger ist zu schützen. Am Beispiel des Wohnortes des Berichtstatters stellt sich folgendes dar. Im Ort befindet sich ein Klinikum mit einer großen Anzahl von Patienten und betreuendem Personal. Des Weiteren befindet sich im Ort eine Agrargenossenschaft mit einem sehr großen Vieh- und entsprechendem Gebäudebestand. Wenn dann die ortsansässige Feuerwehr nicht in der Lage ist, eine Erstbekämpfung der Gefahr solange durchzuführen, bis Verstärkungen durch die Berufsfeuerwehr und andere Wehren herangeführt werden können, dann muss man politisch blind sein, wenn man noch von einem flächendeckenden Gefahrenschutz



Pendlerpauschale). Für einen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr ein Unding, in der vorgeschriebenen Zeit, zum Alarm zu erscheinen, wenn er nicht am Standort arbeitet. Für den Nachwuchs stellt sich das Problem noch kritischer dar. Wir alle wissen, wie es um die Lehrstellen bestellt ist.

spricht. Und noch etwas sei aus der Erfahrung eines Exbürgermeisters gesagt: Da, wo die Freiwillige Feuerwehr stirbt, – und das gilt auch für die Schule – stirbt auch ohne Alternative ein Stück Gemeinwesen. Irgendwie bedingt sich dies sogar gegenseitig. Wenn etwas über mehr als ein Jahrhundert



## Aus der Kreistagsfraktion der Linken

Gewachsenes verloren geht, dann geht es für immer verloren.

Dies ist ein Appell an all Jene, die für DIE LINKEN, gleich wo, die Interessen der Bürger vertreten. Es ist angezeigt, die Verbindung zu anderen gesellschaftlichen Prozessen herzustellen, denen die Bundes- und die Landespolitik hilf- und tatenlos zusieht. Zu den Folgen der Art und Weise, wie die Vereinigung von alter Bundesrepublik und DDR stattgefunden hat, gehört ein Ausbluten zumindest der vier ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Und dies unter der Bedingung, dass Deutschland ohnehin einen Rückgang der Bevölke-



runge zu verzeichnen hat. Dieser Rückgang nimmt für die vier genannten Länder dramatische Ausmaße an, weil eine zusätzliche innerdeutsche Wanderung von Ost nach West die Entvölkerung ganzer Landstriche zur Folge hat. Am Beispiel der Feuerwehren sieht man, wie derartige gesellschaftliche Abläufe zum Zusammenbruch der Infrastruktur führen. Selbst das modernste Löschfahrzeug erfüllt seinen Zweck nicht, wenn es mit zwei Kameraden besetzt ausgerückt. Ähnliche Prozesse sind auch auf anderen Gebieten der Daseinsvorsorge zu beobachten. So wie der flächendeckende Brandschutz nicht aufrecht zu erhalten ist, sind in entvölkerten Räumen der öffentliche Personen-Nahverkehr, die Bildungseinrichtungen, das Gesundheitswesen und viele andere Einrichtungen nicht mehr zu gewährleisten. Da helfen auch keine flotten Politikersprüche. Fazit ist, dass schon heute sehr viele Freiwillige Feuerwehren nur noch auf dem Papier existieren, weil sie unter den genannten Gründen nicht einsatzfähig sind. Dabei bleibt unbeachtet, dass die Feuerwehren sehr oft über ihr ursprüngliches Aufgabengebiet des Brandschutzes hinaus eingesetzt werden. Jeder kann beobachten, dass zu Verkehrsunfällen sehr oft die Feuerwehren alarmiert werden. Es wird sich zeigen, wie DIE LINKEN in der Wahlvorbereitung zu den Gemeinde- und Landtagswahlen diese Problematik thematisieren. Bürgernah wäre sie allemal.

**Die Kreistagsfraktion der LINKEN ist mit einer Fraktionssitzung am 14. Januar in das neue Jahr gestartet. Die nächsten Beratungen sind für den 11. Februar - und wahrscheinlich - für Anfang März vorgesehen. Dabei wird die Verständigung zum von der Landkreisverwaltung vorgelegten Haushaltsplan im Mittelpunkt stehen. Dieser soll am 11. März im Kreistag bestätigt werden.**

**Wir dokumentieren - da der Haushalt sich noch in der Planungsphase befindet - einige wenige Schwerpunkte der Arbeit der Fraktion.**

Die Fraktionssitzung am 14. Januar diente nach den Worten des Fraktionsmitgliedes Achim Grunke vor allem der „Selbstfindung“: Immerhin ging es im Herbst im Kreistag Schlag auf Schlag - allerdings mehr in organisatorischer Sicht - bei der Bestätigung der Grundsatzdokumente. Die Fraktion gab sich eine **Geschäftsordnung** und verständigte sich zum Einsatz der zur Verfügung stehenden **Finanzen** laut Entschädigungssatzung. In diesem Zusammenhang bestätigte man auch die nebenstehende **Stellenausschreibung**. Vor der nächsten Fraktionsberatung am 11. Februar findet noch die Beratung des Verwaltungs- und Finanzausschusses statt, mit der Weichen für die Sitzung im März gestellt werden.

Nur am Rande wurden zwei Probleme berührt, die gegenwärtig die Gemüter auch bei der LINKEN bewegen.

- Auf der Sitzung des Kreistages im Dezember wurde die Verlängerung der Tätigkeit der **„Stabsstelle Extremismusbekämpfung“** bestätigt, auch mit den Stimmen der LINKEN. Der Leiter dieser Stabsstelle, Werner Lindemann, hatte nichts eiligeres zu tun, als im ersten Interview nach seiner - übrigens nicht vom Kreistag, sondern der Landkreisverwaltung - vorgenommenen Berufung auch auf angebliche linksextreme Tendenzen im Raum Geringswalde und Döbeln hinzuweisen. Dabei dürfte er den Jugendverband „solid“ der LINKEN im Auge gehabt haben. Das führte natürlich zu Irritationen. Das Thema spielte eine wichtige Rolle im Kreisvorstand. Der Fraktion wurde empfohlen, Lindemann in die Fraktion einzuladen.
- Die Diskussion um das **Kraftfahrzeug-Kennzeichen** des Landkreises Mittelsachsen (siehe dazu auch den Standpunkt auf Seite - 2 - dieser Ausgabe). Bekanntlich hat die vor allem von Döbeln ausgehende Initiative „Pro MSN“ nach eigenen Worten in Mittelsachsen knapp 43.000 Unterschriften gesammelt. Für ein Bürgerbegehren werden etwa 28.800 Unterschriften benötigt. Wird diese Zahl erreicht, hat der Kreistag am 11. März über das weitere Vorgehen zu

### Stellenausschreibung Fraktionsmitarbeiter/in (Teilzeitstelle mit 16 Stunden/Woche)

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag des Landkreises Mittelsachsen schreibt die Stelle einer Fraktionsmitarbeiterin/eines Fraktionsmitarbeiters zur Besetzung am **Arbeitsort:** 09599 Freiberg Roter Weg 41/43 **ab 01.03.2009** aus.

#### Die Tätigkeit umfasst:

- Arbeiten zur Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Kreisräte;
- Organisation der Fraktionsarbeit (u.a. Einladungen f. Fraktionssitzungen, Protokolle, Terminkontrolle, Tätigkeiten der fraktionsinternen Verwaltung);
- Kontaktaufnahme bzw. -pflege zu Vereinen, Institutionen, kommunalen Einrichtungen und dem Büro des Kreistages;
- Koordination der Veranstaltungstätigkeit und der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion;
- Pflege des Internetauftritts der Fraktion;
- Gewährleistung von Sprechzeiten der Fraktion für die Öffentlichkeit im Landkreis Mittelsachsen;
- Organisation der Weiterbildung für die Mitglieder der Fraktion (in Kooperation mit dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen e.V. und ggf. auch anderen Bildungsträgern).

#### Vorraussetzungen:

- selbständiges, engagiertes und zuverlässiges Arbeiten, Organisationstalent, Bereitschaft zu flexibler Arbeitszeit auch ggf. an Wochenenden;
- kommunikative Aufgeschlossenheit und sicheres Auftreten, gute schriftliche Fähigkeiten;
- Pkw-Führerschein und möglichst eigenes Auto;
- sicheres Arbeiten mit den gängigen PC-Anwendungen einschließlich Internet;
- Nähe zu den Wertvorstellungen der Partei DIE LINKE;
- möglichst Kenntnisse über Kreistagsarbeit und den Landkreis Mittelsachsen;
- möglichst Kenntnisse im Kommunalrecht.

Die Wochenarbeitszeit beträgt 16 Stunden und wird angelehnt an TVöD E 6 vergütet. Die Dauer des Arbeitsverhältnisses ist auf die aktuelle Legislaturperiode (bis 31.07.2014) begrenzt. Schriftliche Bewerbungen sind **bis 04. Februar 2009** zu richten an:

Fraktion DIE LINKE im Kreistag Mittelsachsen  
z. Hd. Herrn Jens Stahlmann  
Roter Weg 41/43, 09599 Freiberg

## Heute (3): Oederan und sein „Klein-Erzgebirge“

**Oederan ist ein reizvolles Kleinstädtchen im Landkreis Freiberg. Hier wohnen - einschließlich der acht eingemeindeten Ortsteile - heute rund 7.800 Einwohner. Obwohl der Ort, wie die meisten der Umgebung, bereits in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts als Waldhufendorf angelegt wurde, erfolgte die erste urkundliche Erwähnung erst im Jahre 1286 und als Stadt sechs Jahre später. Oederan lag am Schnittpunkt zweier alter Verkehrswege: eines „Alten böhmischen Steiges“ zwischen dem „Salzraum“ um Halle und Böhmen einerseits und der „Frankenstraße“ als West-Ost-Verbindung bei der Besiedlung der Mark Meißen andererseits. Im Jahre 1583 erhielt die Stadt Oederan vom Kurfürsten August I. das Privileg einer „Freien Bergstadt“.**

**Zu den Bürgermeisterwahlen 2008 konnte sich Steffen Schneider von den Freien Wählern mit rund 75 Prozent der Stimmen gegen seinen CDU-Konkurrenten durchsetzen. Im 22-köpfigen Stadtrat ist DIE LINKE mit fünf Stadträten vertreten. Fraktionschefin ist Rita Hillmann.**

**Die Sehenswürdigkeit in Oederan schlechthin ist die Miniaturschau „Klein-Erzgebirge“. Wir stellen sie als „Nr. 3“ unserer mittelsächsischen Knüller im folgenden vor.**

Das „Klein-Erzgebirge“ ist der älteste Miniaturpark der Welt. Hier findet man 185 der schönsten Bauwerke des

eins kam, entwickelte sich daraus ein „Verein für heimatliche Volkskunst“. Diesem Verein ist die Eröffnung des ersten „Klein-

Nach den schweren Jahren in Folge des 2. Weltkrieges nahm eine Gruppe von Schnitzern und Bastlern das Heft des Handelns in ihre Hand. Ihnen ist die Eröffnung des „Klein-Erzgebirges“ im Jahre 1955 am heutigen Standort - dem Oederaner Stadtpark - zu verdanken.

Heute ist der eingetragene Verein „Klein-Erzgebirge“ Träger der Miniaturschauanlage. Er hat über 50 Mitglieder. Bei allen Anstrengungen des angestellten Geschäftsführers Horst Drichelt und seines Teams ist aber nicht zu verkennen, dass die Miniaturschau eine sehr schwere Zeit durchmacht. Die Konkurrenz durch andere Freizeitmöglichkeiten - vor allem für Familien mit Kindern - ist schier erdrückend. Die Konsequenz: die Besucherzahlen sinken. Hinzu kommen immer noch finanzielle Nachwehen des verlustreichen Baues des „Hauses am Klein-Erzgebirge“, wo dem Besucher volkstümliche Gastronomie und



Malerisch in ein Hochtal eingebettet - das historische Bergstädtchen Oederan

Erzgebirges in detailgetreuer Nachbildung im Maßstab 1:25. Schlösser, Burgen, Bergwerke, Brücken, Mühlen und Höfe werden von über 1.300 handgeschnitzten und zum Teil beweglichen Figuren, Tieren sowie vielen Eisenbahnen mit Leben erfüllt. Mehr als 10 Millionen Besucher erfreuten sich schon an der liebevoll gestalteten Miniaturlandschaft und den Eisenbahnanlagen. In jedem Jahr kommen neue Modelle hinzu. Einer der Höhepunkte des vergangenen Jahres war die Aufstellung eines Modell des Schlosses Freudenstein in Freiberg im Mai.

Die Tradition des Klein-Erzgebirge reicht fast ein ganzes Jahrhundert zurück. Um die Jahreswende 1909/1910 wurde in Oederan ein „Krippenverein“ gegründet. Sein Ziel war es, der erzgebirgischen Volkskunst neue Impulse zu geben und traditionelles Volkstum zu erhalten. Damals standen die jährlich veranstalteten Weihnachtsschauen im Mittelpunkt. Als es 1924 zur Spaltung des Krippenver-



Zu Beginn der Saison 2008 - Pflege der „Krone des Erzgebirges“, der Augustusburg

Erzgebirge“ im Mai 1933 im Oederaner Stadtwald - also nicht am heutigen Standort - zu verdanken. Deshalb auch veranstalteten die Oederaner im vergangenen Jahr ihre 75-Jahr-Feier.

ganzzährige Ausstellungen volkstümlicher Produkte geboten werden. Deshalb auch hat die Stadt Oederan jüngst den Verein mit einem finanziellen Zuschuss aus dem Stadtsäckel unterstützt.

**kreisvorstand aktuell**

Der Kreisvorstand begann das Jahr 2009 mit seiner Sitzung am 5. Januar - bei außerordentlich strengem Frost - in Döbeln. An der Beratung nahm auch der Wahlkampfleiter des Landesverbandes, Rico Gebhardt, teil. Wir dokumentieren im folgenden die Schwerpunkte der Sitzung (hw).

- Der Kreisvorstand verständigte sich - ausgehend vom Beschluss des Landesparteitages im Markneukirchen - auf die Vorbereitung der Demonstration zum **Jahrestag des Angriffs alliierter Bomberverbände auf Dresden** in der Bombennacht vom 13. zum 14. Februar 1945. Das Motto kann nur lauten: „Den Nazis entgegenreten!“ Immerhin hat sich Dresden zum größten Naziaufmarsch in Europa entwickelt. (siehe dazu auch Seite - )
- Der - zumindest inhaltlich-organisatorisch - ausführlichste Tagesordnungspunkt war die **Vorbereitung der Kreismitgliederversammlung** am 24. Januar in Flöha. Neben der Ansprache eines der beiden sächsischen SpitzenkandidatInnen für Bund und Land (Katja Kipping und André Hahn) geht es vor allem um einen „Wahlmarathon“ zur Bestätigung der Bewerber bzw. Vertreter der mittelsächsischen LINKEN für die Wahlen zum europäischen Parlament, zum Bundestag und zum Landtag.
- Der Kreisvorstand bestätigte den vorläufigen **Arbeitsplan** bis Oktober 2009.
- Im Tagesordnungspunkt „**Sonstiges**“ wurden die Vorbereitung der Demonstration gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan in Frankenberg und die anschließend abendliche Diskussion in Brand-Erbisdorf mit MdB Michael Leutert (siehe Seite 4) und die Ausfälle des Leiters der Stabsstelle „Extremismusbekämpfung“ im Landratsamt Mittelsachsen, (siehe Seite ) thematisiert. Johannes Gyarmati informierte über eine Anfang Mai vorgesehene Besuchsfahrt ins Europäische Parlament nach Straßburg.

**zitat des monats**

„Diese Krise ist anders als alles andere. Es ist eine Systemkrise. Da muss das System neu geregelt und justiert werden.“

*Der sächsische Finanzminister Georg Umland (partellos) in der „Freien Presse“ vom 14. Januar zum gegenwärtigen Aktivismus der Politik in der Finanzmarktkrise.*

**unsere jubilarer**

Unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!

Im Verlaufe des bevorstehenden Februar wird aus diesem Anlass gefeiert bei:



Gottfried Schiehahn	geb. am 01. 02. 1932	in	Gersdorf
Rudolf Wehner	geb. am 01. 02. 1934	in	Freiberg
Werner Strauch	geb. am 02. 02. 1026	in	Döbeln
Herbert Szymenderski	geb. am 03. 02. 1925	in	Freiberg
Irmtraut Lück	geb. am 04. 02. 1939	in	Hartmannsdorf
Hans Haferkorn	geb. am 04. 02. 1929	in	Mittweida
Irene Weber	geb. am 07. 02. 1929	in	Rochlitz
Gerda Zein	geb. am 08. 02. 1923	in	Freiberg
Annelies Uhlmann	geb. am 09. 02. 1921	in	Freiberg
Kurt-Günter Woller	geb. am 10. 02. 1928	in	Neuhausen
Martin Anders	geb. am 12. 02. 1939	in	Großhartmannsdorf
Rita Kreßner	geb. am 12. 02. 1938	in	Burgstädt
Walter Träger	geb. am 14. 02. 1912	in	Mittweida
Heinz Reißig	geb. am 17. 02. 1939	in	Striegistal
Siegfried Schuster	geb. am 18. 02. 1939	in	Brand-Erbisdorf
Kurt Meinekat	geb. am 19. 02. 1932	in	Penig
Heinz Koch	geb. am 20. 02. 1932	in	Freiberg
Heinz Schweigler	geb. am 21. 02. 1925	in	Freiberg
Ilse Nitzsche	geb. am 21. 02. 1921	in	Rochlitz
Brigitte Hübler	geb. am 22. 02. 1939	in	Freiberg
Hans-Günter Baldauf	geb. am 22. 02. 1927	in	Penig
Manfred Rantzuch	geb. am 23. 02. 1934	in	Rochlitz
Wolfgang Schierach	geb. am 24. 02. 1939	in	Frankenberg
Erna Jentzsch	geb. am 25. 02. 1929	in	Döbeln
Hans Heinrich	geb. am 25. 02. 1920	in	Burgstädt
Liselotte Pretzsch	geb. am 27. 02. 1924	in	Hainichen
Gerhard Meyer	geb. am 28. 02. 1925	in	Roßwein
Ludwig Galiläer	geb. am 28. 02. 1933	in	Freiberg

Fortsetzung von Seite - 3 -

des Machbaren. Aber schließlich gelang es doch, eine Fertigungstrecke aufzubauen. Zwar verliert sich die kleine Fertigungsinsel in den Hallen des ehemaligen Werkes. Aber ein Anfang ist gemacht. Vertriebswege sind inzwischen angebahnt. Der Verband selbstständiger Fahrradhändler wurde zum Partner gewonnen. An der Messe in Friedrichshafen hat man teilgenommen. Aus all diesen Aktivitäten entstand ein kleines Typensortiment. Und schließlich hat man einen wahren Glücksgriff getan. Man hat sich einen Markennamen geschaffen - VOLKSRAD. Zwar montiert man noch aus eingekauften Teilen und hat natürlich beim Einkauf mit den noch kleinen Stückzahlen zu kämpfen. Aber die STRIKEBIKE GMBH ist weithin bekannt. Und deshalb geht manches auch bei kleinen Stückzahlen. Beachtlich ist, dass Hilfe deutschlandweit angeboten wird. Da stehen zum Beispiel zwei Einspeichautomaten, die ein Unternehmer

aus dem Westen mit der Bemerkung anbot: „Wenn ihr sie abholt, sind sie euer.“ Im Jahre 2009 hofft man eine merkliche Jahresproduktion zu Stande zubringen, damit alle - auch die derzeit geringfügig Beschäftigten - wieder Vollbeschäftigung finden. Der Schreiber dieser Zeilen bewundert den Mut und die Tatkraft. Natürlich ist das Baby noch gefährdet. DIE LINKE sollte Konzepte schaffen und Hilfestellung geben, damit Beispiel für Widerstand verstetigt werden können. Das hätte mehr Wirkung als Plakate kleben.

**Vom optimistischen Altern**

Jeder, der sich die Fähigkeit erhält, Schönes zu erkennen, wird nie alt werden.

Franz Kafka

Wer die Gottesgabe der Begeisterung besitzt, der wird wohl älter, aber nie alt.

Hermann Onken

## Termine

- 20.01. 19:00 Uhr *Ausstellungseröffnung: „Juden in Sachsen“  
Café Courage, Döbeln*
- 22.01. 18:00 Uhr *Mitgliederversammlung des Ortsverbandes  
Leisnig der LINKEN (öffentlich)  
„Superwahljahr 2009“ Im Café Gill  
Gast: Verena Maiwald, stellv. Vorsitzende des Landesvorstandes der LINKEN in Sachsen*
- 22.01. 20:00 Uhr *Filmvorführung: „Stolpersteine“  
Café Courage, Döbeln*
- 24.01. 10:00 Uhr *Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes  
Mittelsachsen der LINKEN zur Wahl von Bewerberinnen und Vertreterinnen für die Wahlen 2009  
Stadtsaal Flöha, „Alte Baumwolle“*
- 27.01. 19:00 Uhr *Vortrag: „Antisemitismus in Sachsen“  
Café Courage, Döbeln*
- 31.01. 10:00 Uhr *Ehrung von Karl Liebknecht  
Döbeln, Wettiner Platz*
- 31.01. 10:00 Uhr *5. Antifaschistischer Ratschlag  
Bautzen, Haus der Sorben*

### Februar 2009

- 02.02. 19:00 Uhr *Beratung des Kreisvorstandes der LINKEN  
Gasthof „Weiße Taube“ Cunnerswalde bei  
Hainichen (öffentlich)*
- 14.02. 12:00 Uhr **Demonstration in Dresden anlässlich des Jahrestages des anglo-amerikanischen Bomberangriffs auf „Elbflorenz“ „Stoppt den Naziaufmarsch“**

### März 2009

- 02.03. 19:00 Uhr *Erweiterte Beratung des Kreisvorstandes der LINKEN (öffentlich) in Cunnerswalde*

## Die „LinksWorte“ gratulieren ganz herzlich

Das Ehepaar Ruth Kretzer-Braun - Fraktionschefin der LINKEN im Stadtrat Freiberg - und Johannes Kretzer - stellvertretender Fraktionschef der LINKEN im Kreistag Mittelsachsen - sind vor wenigen Tagen mit dem **Bürgerpreis der Stadt Freiberg** ausgezeichnet worden. Anerkannt wurde vor allem ihr ehrenamtliches Engagement beim Management des Freiburger „Regenbogenhauses“. Das ist ein Hotel, welches vordergründig von behinderten Menschen betrieben wird und diesen damit einen Platz in der Gesellschaft ermöglicht. Ruth Kretzer-Braun ist Chefin des Vereins „Regenbogenhaus“, Hannes Kretzer der ehrenamtliche Geschäftsführer.



## Dresden mahnt

In der Nacht vom 13. zum 14. Februar jährt sich zum 64. Male der verheerende Angriff anglo-amerikanischer Bomber auf Dresden, das sächsische „Elbflorenz“. Eine Nacht der Mahnung an Tausend unschuldige Opfer! Auch die Neonazis bereiten sich auf diesen Jahrestag vor. Nachdem ihre Huldigung der Nazi-Größe Rudolf Heß mit einem Gedenkmarsch in Wunsiedel verboten wurde, haben sie ihr neues Wallfahrtsziel Dresden entdeckt.



Wiederentstanden im alten Glanz - Elbflorenz!

In den letzten Jahren fand hier der größte Nazi-Aufmarsch Europas statt. Die LINKE ruft im Bunde mit antifaschistischen Kräften zur Demonstration in Dresden auf. Das Ziel: „Die Neonazis sollen nicht marschieren! Stoppt den Aufmarsch der braunen Pest“. **Aus Mittweida und Döbeln fahren am 14. Februar Busse über Leisnig und Freiberg nach Dresden. Fahrt mit und fällt den Nazis in die Arme!**

Informationen zu Abfahrtszeiten und Zustiegmöglichkeiten in den drei Geschäftsstellen der LINKEN in Mittelsachsen.

### Die nächsten Termine im Mittwochs-Café

(immer in der Geschäftsstelle der LINKEN in Freiberg, Roter Weg 41 / 43)

- 21.01.2009 Aktuelle Politik und Ausgang der Hessenwahl
- 04.02.2009 Auswertung der Ergebnisse der Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes Mittelsachsen
- 18.02.2009 Videovortrag über Kuba - „Auf den Spuren der Revolution“
- 04.03.2009 Zum Internationalen Frauentag 2009
- 18.03.2009 Zum Stand der Vorbereitung zur Aufstellung der Kandidaten in den Städten und Gemeinden unseres Kreises
- 01.04.2009 Wir basteln österliche Geschenke

**Wir trauern um unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen**

**Gisela Fischer aus Leisnig  
Gerhard Thiem aus Freiberg**

**Wir werden ihnen stets unser ehrendes Gedenken bewahren**